

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



- über 65 Jahre -
- Flucht und Vertreibung -
- Unrecht bleibt Unrecht!

Rundschreiben 1-2011



Am 23. Februar 1921 legte man den Termin der Volksabstimmung auf den 20. März 1921 fest. Die Abstimmung war ein Erfolg für die deutsche Seite: 60 Prozent stimmten für Deutschland und 40 Prozent für Polen. Die Behauptung vom polnischen Charakter Oberschlesiens wurde widerlegt.

(Quelle: Archivmaterial)

Liebe Landsleute und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen in NRW,

es liegt wieder ein Jahr des Schaffens und der Bewährung vor uns. Unsere gemeinsame Aufgabe für unser jetziges Wohnumfeld in der Bundesrepublik und für unsere ost-preußische Heimat und ihre Menschen wird uns wieder viele Mühen abverlangen. Dazu bedürfen wir besonnener und eigenverantwortlicher Initiativen, verbunden mit andauernder Hartnäckigkeit.

Für uns Vertriebene hat der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, **Rudi Pawelka**, eine nüchterne und zutreffende Bilanz gezogen, die wir auszugsweise in unser erstes diesjähriges Rundschreiben einfließen lassen.

Mit freundlichen Grüßen bis zur nächsten Tagung im März in Oberhausen
für den Vorstand der Landesgruppe
Jürgen Zauner

Das Jahr 2011: - Bilanz und Aufruf – Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien

Das Jahr 2010 hat gezeigt, daß die Vertreibung auch nach 65 Jahren ein Streitfall ist. Gestritten wird vor allem deshalb, weil die Vertreiberstaaten, namentlich Polen, sich nicht zu den von ihnen begangenen Verbrechen bekennen wollen. Allerdings haben Verdrängung und einseitige Vergangenheitsbewältigung auch bei uns dazu geführt, daß sich in der Politik und in den Medien eine breite Phalanx von Unterstützern herausgebildet hat. Als wir am 5. August an die Verkündung der Charta der Heimatvertriebenen vor 60 Jahren erinnerten, gab es deshalb nicht nur Anerkennung für das Schicksal der Vertriebenen oder für das einzigartige Dokument der Verständigungsbereitschaft, sondern auch Kritik. Man vermisse Hinweise auf die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen und es wäre vermessen, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, denn hierauf gäbe es kein Recht. Vorwürfe, die nicht nur aus der damaligen Situation unverständlich sind. Wer denkt als Opfer eines grauenhaften Verbrechens schon daran, daß Verbrechen gegeneinander aufgerechnet, folgende Taten also damit entschuldigt oder zumindest relativiert werden sollen. Richtig ist, jedes Verbrechen steht für sich; deshalb verbieten sich derartige Gedankenspiele. Da die Vertriebenen selbst Rache und Vergeltung erlebt hatten, war es schon ein wichtiges Zeichen, daß sie selbst diesen Kreislauf unterbrechen wollten.

Wie sehr allein die Erinnerung an die Vertreibung Erregung verursacht, erlebten wir bei einer neuerlichen Diskussion um die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Erst nahm man die BdV-Präsidentin Steinbach aufs Korn und überzog sie mit nicht nachvollziehbaren Vorwürfen aus ihrem politischen Verhalten. Eine unrühmliche Rolle spielte dabei der FDP-Vorsitzende Westerwelle, der letztlich verhinderte, daß Steinbach in den Beirat der Stiftung einziehen konnte. Es folgten Angriffe auf zwei stellvertretende Beiratsmitglieder sowie ein Antrag der Fraktion der Grünen, der Stiftung ein völlig anderes Gesicht zu geben. Es verwundert deshalb nicht, wenn inzwischen ein Eckpunktepapier für die Dauerausstellung vorgelegt wurde, das der Aufrechnung das Wort redet, ja eine einzige Anklage gegen Deutschland ist, auch für das Deutschland der Weimarer Republik. Einher gehen viele Geschichtsklitterungen, gespickt mit falschen Fakten und Relativierungen des Vertreibungsverbrechens. Das Wort Verbrechen taucht auch nur auf, wenn es um deutsche Taten, nicht aber wenn es um Taten an Deutschen geht. Sollte die Konzeption nicht grundlegend verändert werden, wäre es besser, auf das Projekt gänzlich zu verzichten. So würde man den Vertriebenen eine erneute Demütigung ersparen und die Würde der Opfer nicht weiter beschädigen.

Wenn die Kanzlerin immer wieder betont, man müsse sich zur Wahrheit bekennen, wird diese Forderung nun ad absurdum geführt. Wenn man weiß, welche Vorgaben die Politik für die Gestaltung der Stiftung gemacht hat, wundert man sich über das Papier nicht. Entsetzen löst lediglich aus, wie sehr Worte und Handeln auseinanderklaffen.

Während bei uns Geschichtslosigkeit dominiert, der Wert der eigenen Nation regelrecht mißachtet wird, konnte die Welt soeben erleben, wie Polen und Rußland mit Geschichte und Nation umgehen. Das Treffen der beiden Präsidenten Anfang Dezember, Medwedew und Komorowski, befaßte sich schwerpunktmäßig mit dem Massaker von Katyn, zu dem die russische Staatsduma einige Tage zuvor auf polnisches Drängen eine Erklärung verabschiedet hatte. Das Thema hatte über Jahrzehnte wie ein Mühlstein auf den Beziehungen gelegen. Medwedew bewies seinerseits ebenfalls Geschichtsbewußtsein und erinnerte an den Tod tausender Russen in polnischer Gefangenschaft nach dem polnischen Überfall 1920 auf die Sowjetunion. Deutschland ist sicher gut beraten, wenn es Belastendes ebenfalls nicht unter den Teppich kehrt und Geschichte nicht verfälscht.

Mit Empörung mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung bei der Frage der Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter inzwischen auf die Linie von Rot-Grün eingeschwenkt ist und selbst eine symbolische Entschädigung für die Opfer ablehnt, die für eine Anerkennung des Leids sowie für eine Rehabilitierung wichtig wäre. Rehabilitiert hat dagegen der Bundestag alle Wehrmachtsdeserteure, selbst die, die sich feige gedrückt haben, anstatt flüchtende Frauen und Kinder vor der Roten Armee zu schützen. Diese Politik liegt ganz auf der Linie, nicht an deutscher Alleinschuld zu kratzen, sondern ungestört möglichst viel zu bekennen, ja einen Schuldstolz aufzubauen.

Zuversicht gibt uns die Entwicklung auf europäischer Ebene. Der Zusammenschluß von Vertriebenenverbänden aus acht Ländern hat Aufmerksamkeit erregt. Die Vereinigung wurde bei der EU akkreditiert und findet Unterstützer bei anderen Regierungen, während man sich in Deutschland weigert, bestehende offene Fragen überhaupt anzusprechen.

Termine:

12. März 2011 Frühjahrstagung m Wahlen
27.-29.5.2011 Ostpreußentreffen in Erfurt
10. Juli 2011 Kleines Ostpreußentreffen auf
22. Oktober 2011 Herbst-,Kultur-Frauentagung

Busse zum Ostpreußentreffen in Erfurt

organisieren die Gruppen Bonn-Rhein-Sieg (Ruhnau Tel. 02241-311395, Kreuzer Tel. 02246-5100), Leverkusen (Nitsche, Tel. 02171-30 635), Neuß (Pott, Tel. 02131-3843400,F4843400), Remscheid (Gregull Tel. 02191-80379), Wesel (Sobotta Tel. 0281-45647), Lüdenscheid (Mayer 02351-81942), Essen (Kehren 0201-626271), Gütersloh (Jagalla, 05241-403872)

Allgemeine Informationen zum Treffen unter:

www.Deutschlandtreffen-Erfurt.de.vu/

Wladimir Golowanow betreibt in der Nähe von Schloss Balga ein Privatmuseum: Gäste willkommen

Auf dem Weg nach Balga liegt das Haus von Wladimir Golowanow. Von außen eher unscheinbar, verbirgt sich im Innern eine Sammlung verschiedenartigster Gegenstände, die der Heimatforscher der Erde entrissen hat.

Über holprige Pisten führt der Weg nach Schloß Balga. Viele Bus- und Autofahrer weigern sich, die abenteuerliche Fahrt auf sich zu nehmen – aus Angst um Reifen und Achsen ihrer Fahrzeuge. Doch die Strapazen lohnen sich.

Mitten im Wald am Steilufer des Frischen Haffs liegen die Ruinen des Schlosses und der Kirche. Steil ist der Abstieg über provisorisch angelegte Holzstufen hinunter zum steinigen Ufer. Sonntagsangler sitzen am Lagerfeuer und warten darauf, daß ein Fisch anbeißt, während die Kinder im Wald herumtollen. Junge Paare genießen die romantische Aussicht. Bei gutem Wetter reicht der Blick bis nach Pillau. Mole und Hafenbecken sind gut zu erkennen.

Wenige Minuten von der Schloßruine entfernt liegt das kleine Privatmuseum von Wladimir Golowanow. Vor dem Tor des Hauses steht ein großer Findling, der „Guten Tag-Stein“. In Richtung Schloß steht der Gruß auf Deutsch, auf der Rückseite ist auf Russisch „Dobryj djen“ zu lesen. Wladimir ist ein kerniger Mittfünfziger. Er gräbt im Auftrag des Gebietsmuseums für Kunst und Geschichte in der Umgebung von Balga nach Gegenständen deutscher Vergangenheit. Die Funde legt er zunächst den Archäologen des Museums vor. Gegenstände, die das Museum für die eigene Ausstellung nicht verwenden kann, erhält er zurück. Wladimir freut sich, wenn Besucher den Weg zu ihm finden, und zeigt mit Stolz und Enthusiasmus seine Schätze.

Als im Rahmen des diesjährigen deutsch-russischen Forums in Gumbinnen Kreisvertreterin Elke Ruhnke mit Begleitern dem Museum einen Besuch abstattete, erzählte Wladimir von seinen interessantesten Funden. Darunter waren Stempel mit der deutschen Aufschrift „Balga“ und Abbildungen von Städtewappen mit Aufschrift in Sütterlin-Schrift.

Zu den spektakulärsten Funden der letzten Zeit zählt ein vor zwei Jahren im Frischen Haff entdecktes Flugzeugwrack. Die Bergung erwies sich als äußerst schwierig, da schweres Gerät vonnöten war, um die Überreste aus dem Sand zu befreien. Erst vor wenigen Monaten wurden bei der Nachuntersuchung des Wracks auch die Überreste eines Menschen entdeckt. Während der Rest ziemlich verwittert war, ist ein Schuh mit dem großen Zeh erhalten geblieben. Vermutlich handelt es sich um den Piloten des abgestürzten Flugzeugs. Die Identität konnte noch nicht geklärt werden. Aus dem Wrack konnte ein Metallschild mit der Aufschrift „Junkers Flugzeug und Motorenwerke

AG Dessau, Motormuster JUMO 201 B, Zcecc-Nr. 888706-38, Werk-Nr. W151, Theocop-Karte: Bremen-Huchting“ sichergestellt werden. Bislang konnten weder Archive noch Nachfragen bei deutschen Pilotenverbänden Aufschluß über das Flugzeug und seine Verwendung bringen. Wer von unseren Lesern helfen kann, wende sich bitte an die PAZ. M. Rosenthal-Kappi

Ein Artikel der [Preußische Allgemeine Zeitung](http://www2.polskieradio.pl/zagranica/de/news/artikul.aspx?id=145055) Ausgabe 51/10 vom 25.12.2010
<http://www2.polskieradio.pl/zagranica/de/news/artikul.aspx?id=145055>

Entschädigung für Zwangsarbeit von Deutschen in Polen.

Auf Anordnung des Marschalls Rokosowski 1947 wurden u. a. Personen der deutschen Minderheiten in Polen, auch in den unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Ostgebieten, zur Arbeit gezwungen, insbesondere in Kohlebergwerken, im Uranabbau, in Steinbrüchen und in Baubataillone. Die betreffenden Männer wurden in Uniformen gesteckt, damit sie für die Weltöffentlichkeit nicht als Zwangsarbeiter erkennbar waren.

1994 hat nun der polnische Staat ein Gesetz erlassen, wonach für zwangsweise Grubenarbeiten eine Entschädigung gewährt wird. 2002 wurde eine solche Entschädigung auch für Arbeiten in Baubataillonen geregelt. Wer in der Zeit von 1949 bis 1959 zur Arbeit in Baubataillone gezwungen wurde, erhält nach dieser Regelung eine Entschädigung von 960 zł (ca. 250,00 €) am Ende jedes Quartals.

Die Entschädigung muß beantragt werden. Die Anträge sind beim zuständigen Kreis in Polen zu stellen. Dazu muß eine Bescheinigung vom Militärbüro vorgelegt werden, die angibt, zu welcher Zeit die betreffende Person als „Soldat“ zur Arbeit gezwungen wurde. Diese Bescheinigung kostet 56 zł. (ca. 12,00 €). Beides ist dann an die polnische Sozialversicherung – für Masuren in Allenstein – zu schicken. Das Geld wird allerdings nicht nach Deutschland überwiesen. Wer in Deutschland wohnt, kann es deshalb nur über einen Mittelsmann erhalten, der in Polen lebt.

Personen, die nähere Auskunft geben können, sind der Landesgruppe NRW bekannt.

Petition für Deutsch ins Grundgesetz

Der Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) und der Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) haben beim Deutschen Bundestag eine Öffentliche Petition eingereicht, um Deutsch als Landessprache im Grundgesetz festzuschreiben.

Die Petition steht seit dem 7. Dez. 2010 auf den Netzseiten des Bundestages unter <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=15500>

die Mitzeichnungsfrist endet am 19. Januar 2011.

"Der Zuspruch zu unserer Forderung nach Deutsch ins Grundgesetz ist nach wie vor riesig", sagte der VDS-Vorsitzende Walter Krämer. "Deswegen geben wir den Bürgern mit dieser Petition die Möglichkeit, selbst über die Stellung der deutschen Sprache abzustimmen." Mehrere Zehntausend besorgte Sprachfreunde haben sich in den vergangenen Wochen bereits schriftlich zur Bekräftigung dieser Forderung an die Abgeordneten des Bundestags und an den VDS gewandt. Allein auf eine Umfrage der BILD-Zeitung im November hatten über 40.000 Menschen per Brief oder Fax ihre Zustimmung bekundet, "die mit Abstand größte Resonanz", so Krämer, "die irgendeine unserer Aktionen jemals hatte."

VDS und VDA fordern eine Ergänzung des Artikels 22 Grundgesetz um den Satz "Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch". Am 9. November 2010 hatten Vertreter beider Vereine 46.000 unterstützende Unterschriften an Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert übergeben.
<http://www.vds-ev.de/>



Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de



An die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen,
Mitglieder des erweiterten Landesvorstandes

Einladung

Zur Landesdelegierten-, Kultur- und Frauentagung
Haus Union, Schenkendorfstraße, Oberhausen
am 12.03.2011

Programm

Beginn: 10.00 Uhr

- | | | |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung, Annahme der Tagesordnung | J. Zauner |
| 2. | Begrüßung durch den Kreisverband Oberhausen | Nehrenheim |
| 3. | Totenehrung | J. Zauner |
| 4. | Feststellung der Beschlußfähigkeit | |
| 5. | Annahme der Tagesordnung und des Protokolls
der Landesdelegierten-Versammlung vom 13.03.2010 | |
| 6. | Ehrungen | |
| 7. | Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 | H. Eifler, |
| 8. | Heimatmotive bei schlesischen Dichtern | Dr. B. Beutner |
| 9. | Arbeitsbericht des Vorsitzenden | J. Zauner |
| 10. | Kurz-Berichte der Referenten
Kultur - Frauen - Jugend - | |
| 11. | Stand der Preußischen Treuhand | G. Stanko |
| 12. | Finanzbericht und Jahresabschluß 2010 m. Ausspr. | W. Kreuer |
| 13. | Bericht der Kassenprüfer | |
| 14. | Entlastung des Vorstandes | |
| 15. | Planung Haushalt 2011 Aussprache / Annahme
13.00 Uhr – 14.00 Uhr | W. Kreuer
Mittagessen |

Königswinter

Wahlen :

- | | | |
|-----|----------------------------------------------|--------------|
| 16. | Wahl des Wahlleiters
Neuwahlen | |
| | a) <i>des Vorsitzenden</i> | |
| | b) <i>der stellvertretenden Vorsitzenden</i> | |
| | c) <i>des Schriftführers</i> | |
| | d) <i>des Schatzmeisters</i> | |
| | e) <i>der Kassenprüfer</i> | |
| | f) <i>der Bezirksreferenten</i> | |
| | g) <i>des Ehrengerichtes</i> | |
| | h) <i>des Schiedsgerichtes</i> | |
| | i) <i>der Delegierten für die OLV</i> | |
| 17. | 16.00 Uhr Schlußworte – Ostpreußenlied - | Vorsitzender |

Die Landesgruppe übernimmt die Kosten für das Mittagessen.
Wir bitten Sie, sich - wie immer - nach Ihrem Eintreffen anzumelden und das
Tagungsgeld in Höhe von **Euro 15,00** zu entrichten.